

„Manchmal muss man bremsen“

vida-Chef Roman Hebenstreit erklärt, warum bei der Flexibilisierung falsch gespielt wird und Gewerkschaften voll im Trend liegen.

HELMUT KRETZL

SN: Warum geht bei der Arbeitszeit so wenig weiter?

Hebenstreit: Da steckt viel Propaganda dahinter, die Beteiligten wissen sehr gut, wie viel Flexibilität jetzt schon möglich ist. Wir haben über 900 Kollektivverträge, da ist sehr viel Flexibilität drin. Trotz des Krankjammers und der Klagen über den Wettbewerb und Standortnachteile ist Faktum: Bei hoher Arbeitslosigkeit haben wir Rekordbeschäftigung und einen Exportboom. Weil wir so unflexibel sind? Wenn ein Unternehmen auf uns zukommt und sagt, wir brauchen mehr Flexibilisierung, haben wir noch immer eine Lösung gefunden.

SN: Es gibt also gar keinen Bedarf nach mehr Flexibilität?

Wir haben viele Beispiele in unterschiedlichen Branchen, wo wir 12 Stunden und mehr arbeiten. Das ist möglich mit Ausgleichsmaßnahmen wie Bereitschaftszeiten, Zeitzuschlägen, Änderungs- und Überstundenzuschlägen. Das ist meist ein Paket und immer ein Geben und Nehmen. Mir soll bitte jemand erklären, was da noch fehlt bei der Flexibilität. Man soll nicht von Flexibilisierung der Arbeitszeit reden, wenn man etwas anderes meint, nämlich Arbeit auf Abruf und dass man Überstunden nicht mehr zahlen will, also Lohnraub. Wir sagen: Wenn einer Karl heißt, sag ich zu ihm Karl und nicht Franz. Der geforderte Durchrechnungszeitraum von zwei Jahren heißt ja, dass geplante Überstunden erst nach zwei Jahren angerechnet werden.

SN: Also ein Etikettenschwindel? Genau. In Wahrheit geht es um Überstundenraub und Arbeit auf Abruf. Damit ist man der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. Dazu kommt das Überwälzen des unter-

nehmerischen Risikos auf die Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber haben argumentiert, ich habe mehr Anteil am Gewinn, weil ich das höhere Risiko trage. Wenn man jetzt das unternehmerische Risiko auf die Arbeitnehmer abwälzen will, muss man die Verteilungsfrage neu stellen. Bei einer Regelarbeitszeit von zwölf Stunden täglich und 60 Stunden in der Woche bei zwei Jahren Durchrechnung werden 80 Prozent aller Überstunden vernichtet, die heute bezahlt werden. Das entspricht bei gut 200 Millionen Überstunden 1,6 Mrd. Euro. Man will Lohnkosten senken, für uns ist das Lohnraub. Das wird so nicht gehen.



BILD: SN/DALEISA LUX

„In Wahrheit geht es um Lohnraub.“

Roman Hebenstreit, vida-Vorsitzender

SN: Ist das eine Frage des Preises, wenn genug dafür geboten wird, kann man darüber reden?

Jein. Es geht auch um Willkür und Planbarkeit. Wenn mein Sohn beim Fußballspielen unerwartet ins Finale kommt, kann ich daran teilnehmen oder nicht? Es geht auch um den Preis, weil Folgekosten damit einhergehen, durch Defizite im Privatleben, bei der sozialen Teilhabe, bei der Gesundheit oder durch ein erhöhtes Unfallrisiko.

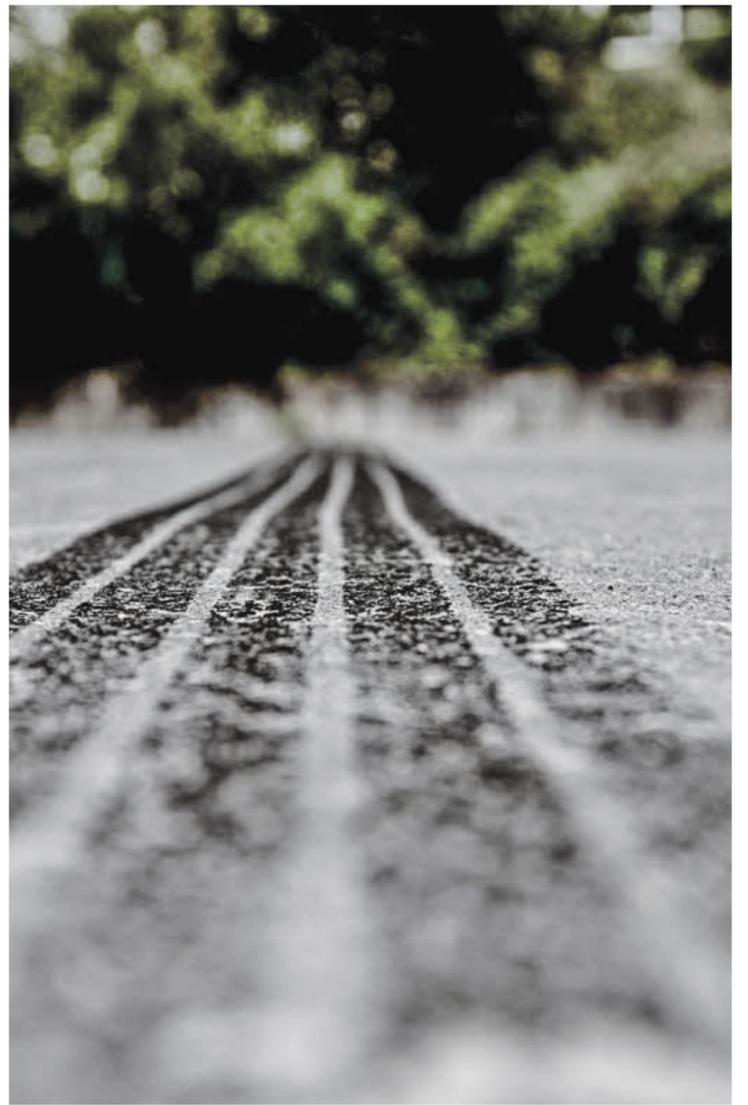
Es gibt da keine Gesamtrechnung. Wir müssten im Sinn der Kostenwahrheit evaluieren, was die Flexibilisierung der letzten Jahre gekostet hat, irgendwer zahlt ja den Preis dafür.

SN: Arbeitgeber führen an, viele Menschen würden gern länger arbeiten, manchmal können Familienväter wegen des Zeitlimits nicht von Aubeneinsätzen zurückkreisen.

Es gibt auch Extrembeispiele von der anderen Seite. Ich kenne wenige Menschen, die danach schreien, ein Leben lang täglich zwölf Stunden arbeiten zu dürfen. Wir müssen anpassen, wenn wir die Regelwerke gänzlich aufmachen. Es geht nicht um Einzelpersonen, die in bestimmten Lebensphasen zu mehr Arbeit bereit sind, es geht um das System. Es hat ja seinen Sinn gehabt, dass man seinerzeit den Arbeitstag auf acht Stunden limitiert hat. Wenn ich generell 12-Stundentage aufmache, ändert sich ein ganzes System, samt Vereinbarkeit mit der Familie, sozialer Teilhabe an der Gesellschaft. Das eine ist der Rahmen und das andere sind Möglichkeiten, die ich mit Ausgleichsmechanismen regeln kann. Im Rahmen sind alles Schutzgesetze, weil es den Arbeitnehmer als vermeintlich Schwächeren zu schützen gilt.

SN: Ist es nicht das übliche Spiel, erst mit Maximalforderungen in Verhandlungen zu gehen, und am Schluss trifft man sich in der Mitte?

Vielleicht, aber zurzeit kennen wir noch nichts anderes. Es ist bezeichnend, dass sich da die Industriellenvereinigung besonders hart positioniert. Die ist kein Sozialpartner, sondern eine private Lobbyvereinigung von ein paar Tausend Industriellen. Dass die Industrie Interesse hat, Arbeit auf Abruf zu produzieren und ein Überangebot von Arbeitskräften zu schaffen, um Löhne zu drücken, ist klar. In der Arbeitswelt findet derzeit ein massiver Umbruch statt, es gibt immer höhere Quoten von prekär und in Teilzeit Beschäftigten, das Entgrenzen der Arbeit, keine fix planbare Arbeit, weder im Ausmaß noch in Inhalt und Entlohnung. Damit nehmen wir den Menschen immer mehr Sicherheit und vernichten Lebensperspektiven. Planbarkeit und verlässliche Rahmenbedingungen sind



Bremsen könne mitunter lebensnotwendig sein, sagt der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft vida, Roman Hebenstreit.

BILD: SN/TOPSE - FOTOLIA

aber Grundbedürfnisse. Je mehr man das aushöhlt und fragmentiert durch neue Beschäftigungsverhältnisse, Saisonarbeit oder Ähnliches, desto weniger Sicherheit und Perspektiven hat der Einzelne.

SN: Sie sehen also einen groß angelegten Versuch, die Sozialpartnerschaft zu schwächen?

Schwäche ist relativ. Aber alles ist in Bewegung, die Dinge fangen an, sich neu zu ordnen. Es ist okay, dass jeder versucht, seine Interessen durchzubringen. Aber so einfach wird es nicht gehen. Ich habe überhaupt kein Problem damit, als Bremsklotz bezeichnet zu werden. Für einen Eisenbahner ist der Bremsklotz überlebenswichtig, sonst haut's dich von den Schienen.

SN: Und wenn die Sozialpartner keine Einigung bis Ende Juni erreichen, sind sie dann obsolet?

Bei aller Kritik glaube ich, dass Sozialpartnerschaft gerade jetzt besonders wichtig ist. Auch wenn sie für manche ein Bashing-Thema ist. Eigentlich ist es nichts anderes als Demokratie im Betrieb, die Basis

des demokratischen Systems in der Wirtschaft. Wenn man das nicht mehr will, wird automatisch das Konfliktpotenzial größer. Der IV ist sehr wohl bewusst, was es auslöst, wenn sie nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ alles auf die betriebliche Ebene runterbrechen will.

SN: Wenn sich alles ändert, könnten auch neue Gewerkschaften kommen?

Die Idee einer Solidargemeinschaft ist ja nicht aus der Mode, im Gegenteil. Je mehr Prekarisierung wir sehen, je mehr das Ganze zerfleddert, desto mehr Wunsch nach Gemeinschaft ist zu spüren. Bereiche der neuen Selbstständigkeit wollen sich stärker organisieren, um sich zu schützen. Der Gedanke an eine Gewerkschaft ist trendiger denn je, der ist und bleibt cool.

Zur Person Roman Hebenstreit:

Der gebürtige Steirer (*1971) lernte Maschinenschlosser und arbeitete als Lokführer bei den ÖBB. Seit Dezember 2016 ist Hebenstreit Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft vida.

Trump braucht Aluminium von der AMAG

Aluminiumkonzern wächst stärker als der Weltmarkt und hofft auf flexiblere Arbeitszeiten.

WIEN. Der oberösterreichische Aluminiumkonzern AMAG Austria Metall AG ist ein wichtiger Lieferant für die Auto- und Luftfahrtindustrie in den USA, wo man 15 Prozent des Umsatzes erzielt. Trotzdem sieht AMAG-Chef Helmut Wieser die von Präsident Donald Trump angekündigten Einfuhrbeschränkungen für ausländische Unternehmen sehr entspannt. Denn „die USA sind bei Primäraluminium auf Importe angewiesen“. Einem jährlichen Bedarf von 5,4 Mill. Tonnen stehe in den USA nämlich eine Ei-

genproduktion von lediglich 0,8 Mill. Tonnen gegenüber. Und die AMAG sei mit ihrer Elektrolyseanlage im kanadischen Alouette einer der drei größten Anbieter in Nordamerika.

Weil auch Westeuropa einen hohen Importbedarf aufweist, sieht Wieser die Weichen für eine Fortsetzung des starken Wachstums gestellt. Heuer dürfte der Absatz von AMAG-Walzprodukten um acht Prozent zulegen – das Doppelte des weltweiten Nachfragezuwachses von vier Prozent. Im Bereich Luft-

fahrt konnte der Absatz 2016 um 24 Prozent, bei Automobilen sogar um 44 Prozent gesteigert werden.

Im Juni nimmt die AMAG das „modernste Walzwerk Europas“ in Ranshofen in Betrieb, damit will man die Produktion vom bisherigen Höchstwert von 405.900 Tonnen (plus 6 Prozent) schrittweise weiter steigern. Im Vorjahr hat die AMAG den Gewinn um 14 Prozent auf 46,3 Mill. Euro gesteigert, während der Umsatz wegen schwächerer Aluminiumpreise von 913,3 auf 906,2 Mill. Euro zurückging. Dank Ab-

satzsteigerungen in allen Segmenten konnte man den Preiseffekt aber überkompensieren, das Betriebsergebnis stieg um ein Drittel auf 73 Mill. Euro.

Die Pläne für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit begrüßt AMAG-Chef Wieser. In der Produktion habe man zwar „volle Unterstützung der Belegschaft“, aber speziell für Verkäufer auf Dienstreise brauche es einen größeren Zeiträumen. Wieser: „Wenn du nicht konkurrenzfähig bist, kriegst du den Auftrag nicht.“ **hwk**

Österreichs Wirtschaft wuchs real um 1,5 Prozent

WIEN. Österreichs Wirtschaft ist 2016 mit real 1,5 Prozent deutlich kräftiger als in den beiden Jahren zuvor gewachsen. Dies hat das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) im Auftrag der Statistik Austria errechnet. 2015 und 2014 hatte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real nur um 1,0 bzw. 0,6 Prozent zugelegt. Zu laufenden Preisen, also inklusive Inflation, stieg das BIP 2016 um 2,8 Prozent von rund 340 auf fast 350 Mrd. Euro, das entspricht 39.990 Euro pro Einwohner. **SN, APA**